

agl e.V., Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

**Dr. Simon Ramirez-Voltaire**  
Geschäftsführung

Am Sudhaus 2  
12053 Berlin

Fon: 030/23 46 25 14

geschaeftsfuehrung@agl-einewelt.de

Berlin, 14.02.2019

## Europa entwickeln!

### *Eine Welt-Impulse zur Europa-Wahl 2019*

In der Eine Welt-Arbeit nehmen wir seit langem und weiter zunehmend die „Entwicklungs“-Probleme vor der eigenen Haustür in den Blick. Der belehrende Gestus „des Nordens“ gegenüber dem „unterentwickelten Süden“ gehört immer mehr der Vergangenheit an, ebenso wie die vereinfachte Aufteilung der Welt in diese beiden Erdhälften. Weithin ist die Erkenntnis eingesickert, dass die Menschheitsgeschichte (und ebenso die guten wie schlechten Entwicklungsimpulse) global verflochten ist und nachhaltige Entwicklung nur interdependent und global gestaltet werden kann. An die Stelle von Belehrung tritt Dialog – der eigene Beitrag, im eigenen Land, rückt in den Fokus.

Daher hat die „entwicklungspolitische Bildung“ im Inland – so der Titel im Bundeshaushalt – in den letzten Jahren zurecht eine immer größere Bedeutung erhalten, politisch wie finanziell. Die Regierungskoalition hat dies erkannt und die stärkere Förderung dieses Bereichs sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Dieses umfassende, interdependente und globale Verständnis gilt es stärker nach Europa zu tragen. Wir fordern von allen politischen Parteien die eindeutige Distanzierung von nationalchauvinistischen Positionen und die öffentliche Positionierung für Werte einer weltoffenen, toleranten, demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft. Wenn wir die Welt im Sinne globaler Gerechtigkeit und der *Sustainable Development Goals* (SDG) entwickeln möchten, müssen wir in Deutschland anfangen und in Europa weitermachen – damit es sich seiner globalen Verantwortung stellt. Es gibt eine Reihe von Eine Welt-Themen, die wir stärken wollen. Aktive der Eine Welt-Landesnetzwerke sind in Fachforen vernetzt, von wo aus sie die Herausforderungen bündeln und in die (europäische) Politik tragen:

Vorstand:  
Udo Schlüter (Vorsitzender)  
Claudia Duppel  
Barbara Mittler  
Anne Schicht  
Martin Weber

Finanzamt für Körperschaften I Berlin  
Steuer-Nr.: 1127/660/63838  
Amtsgericht Charlottenburg, VR 35414 B

Bank: GLS Gemeinschaftsbank EG  
IBAN: DE91 4306 0967 4057 8448 00  
BIC: GENODEM1GLS

## Migration, Diaspora und Entwicklung

Europäische Migrationspolitik ist zu defensiv und kurzfristig. Europa sollte sich an einem positiven und inklusiven Verständnis von Migration orientieren. Der Globale Migrationspakt (2018) und die Agenda 2030 (bes. 10.7) sind Referenzrahmen, an denen sich Europa orientieren sollte. Viele Fluchtursachen sind *Made in Europe*: Ob durch ungerechte Handelsverträge, in der Agrar- und Fischereipolitik, bei den CO2-Emissionswerten oder bei militärischen Interventionen und Waffenexporten – Europa muss seine Verantwortung wahrnehmen. Und: Das Problem heißt Rassismus und nicht Migration – das sollten Europapolitiker\*innen immer wieder deutlich machen. Wir brauchen ein solidarisches Europa und keine Festung. Geflüchtete müssen in Europa Schutz finden.

## Konsum & Produktion

Wir brauchen eine Kehrtwende zu demokratisch gestalteten und am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitiken, die sich an globaler Gerechtigkeit, Langfristigkeit und Partnerschaft orientieren. Handelsabkommen sollten gerecht gestaltet und Sonderklagerechte gestoppt werden. Die problematischen Europäischen Wirtschaftsabkommen (EPAs) sollten ausgesetzt und EU-AKP-Verträge entwicklungsfördernd gestaltet werden. Öffentliche Beschaffung sollte konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien verbindlich ausgerichtet werden – europaweit. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen sollten verbindlich verankert und die EU-Agrarpolitik im Sinne der Agenda 2030 reformiert werden.

## Globales Lernen

Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE) und Global Learning (GL) sollten als Bildung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung in Europa fest verankert und finanziell deutlich stärker gefördert werden. Dabei sollten zivilgesellschaftliche Akteur\*innen nach dem Subsidiaritätsprinzip stärker gefördert werden. Deren Partizipation (z.B. CONCORD u.a.) in Gremien sollte systematisch und finanziell unterstützt werden, um gemeinsam mit der Politik Umsetzungsstrategien für nachhaltige Bildungskonzepte zu erarbeiten. Der bewährte „Whole Institution Approach“ für eine nachhaltige Organisationsentwicklung sollte bei Förderungen und Maßnahmen auf EU-Ebene verankert werden (nachhaltige Beschaffung, demokratische Entscheidungsstrukturen etc.).

## Regionale Strukturentwicklung

Wir brauchen eine nachhaltige Förderung der Regionen Europas. Dazu gehören die Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen unter nachhaltigen Gesichtspunkten (auch bei Abkommen mit Drittstaaten) sowie die Förderung der Zivilgesellschaft in strukturschwachen Regionen: Stadt und Land sollen als Einheit fungieren, Kreislaufwirtschaft sowie kleine, mittelständische und regionale Unternehmen gefördert, Kommunen nicht zu Privatisierungen gezwungen werden. Ökologische und nachhaltige Landwirtschaft sollte stärker unterstützt und die Richtlinien für die Landwirtschaft ökologischer gestaltet und kontrolliert werden.

### **Internationale Partnerschaften**

Zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich international engagieren, spielen bei der Lösung globaler Herausforderungen eine wichtige Rolle. Austausch und Lernprozesse sollten deutlich stärker gefördert werden: Stärkere Förderung des internationalen Wissenstransfers, etwa internationale Reisekosten und Teilnahme an internationalen Foren und Konferenzen von NRO sowie Verbesserung von Visa-Bedingungen für Austausch-, Lern-, Projekt- und Begegnungsreisen.

### **Klimaschutz und zukunftsfähige Entwicklung**

Europa hat eine global wichtige Rolle für Klimaschutz sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Im Fokus steht jetzt: 1) Es geht nicht nur um die wichtige Erneuerung der EU-Ziele für 2030 und 2050 sondern es braucht konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion in allen Bereichen/Sektoren. 2) Die Transformation von Infrastruktur (Stromnetze, Verkehr, Gebäude, Ausstieg Verbrennungsmotor, Industrieumbau) braucht einen konkreten Plan sowie Leuchtturmprojekte. 3) Wichtig sind jetzt der Auf- und Ausbau von Allianzen der EU mit anderen Staaten für Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (Resilienz) und für nachhaltige Entwicklung in der EU und in den Partnerregionen.

*Der Beitrag wurde in Zusammenarbeit mit den Fachforen der agI erstellt.*

Simon Ramirez-Voltaire